



Heizungswende: „Zurück auf Los!“

CDU/CSU beantragte Aktuelle Stunde zum umstrittenen Gesetzentwurf der Ampel

Bei der Wärmewende hat die CDU/CSU-Fraktion der Koalition zu einem Neustart geraten. Das Heizungsgesetz in der vorliegenden Fassung, aber auch die Streitigkeiten der Koalitionspartner darüber hätten zu Verunsicherung, Wut und Frust bei den Menschen geführt, sagte Fraktionsvize Jens Spahn im Bundestag. Der klima- und energiepolitische Sprecher Andreas Jung nannte den Dauerstreit der Ampel über das Heizungsgesetz ein „Trauerspiel“.

Spahn forderte die Ampel auf: „Gehen Sie zurück auf Los! Fangen Sie im Sinne der Sache des Klimaschutzes nochmal ganz von vorne an!“ Die Bürgerinnen und Bürger brauchten Planbarkeit und Verlässlichkeit. Die Wärmewende gelinge nur mit Technologieoffenheit. Allein auf die Wärmepumpe zu setzen, reiche nicht aus. Auch die Förderung müsse sichergestellt werden.

Von der „Bankrotterklärung der Ampel in der



Andreas Jung bei der Debatte im Bundestag

Klimapolitik“, sprach Jung. Die Koalition hatte die erste Lesung des Gesetzes aus dem Hause von Wirtschaftsminister Robert Habeck kurzfristig abgesagt, weil die FDP noch immensen Nachbesserungsbedarf sieht. Damit der Bundestag überhaupt über die Regierungspläne für die Wärmewende beraten konnte, hatte die CDU/CSU eine aktuelle Stunde beantragt. Seite 2

Leibniz im Bundestag

In dieser Woche führte Josef Rief Gespräche mit verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Leibniz-Institute - vornehmlich aus dem Agrar- und Wirtschaftsbereich. Am Donnerstag sprach er mit Prof. Dr. Linus Mattauch und Franziska Funke, die sich mit der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit von Tierwohl und Klimaschutzzielen in Deutschland und der EU beschäftigen. Für Josef Rief war dabei besonders die Finanzierbarkeit von Tierwohlmaßnahmen in Deutschland ohne eine Überforderung der Bevölkerung und der Landwirte wichtig. Als Richtschnur können die Ergebnisse der Borchert-Kommission herangezogen werden, die Kosten von jährlich bis zu vier Milliarden Euro für den Stallumbau vorsieht. Die 150 Mio. Euro, die die Ampel derzeit für 2023 vorsieht, sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen, die von Bund und Ländern



gefördert werden. Jährlich stellen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Leibniz-Institute ihre Forschungsergebnisse im Bundestag vor. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Der CSU-Fachpolitiker Michael Kießling warf der Ampel vor, Eigentümer, Mieter und die Bauwirtschaft zu verunsichern. An die Menschen würden Anforderungen gestellt, die nicht umsetzbar und nicht finanzierbar seien.

Jung forderte Kanzler Olaf Scholz auf, angesichts der wichtigen klimapolitischen Weichenstellung Führung zu zeigen, „weil die Menschen Klarheit brauchen“. Er erinnerte auch daran, dass Scholz vor Kurzem nur noch „kosmetische Korrekturen“ an dem Gesetz für nötig

gehalten hatte. „In welcher Welt lebt dieser Bundeskanzler?“, fragte Jung.

Jens Spahn warf der Koalition vor, inzwischen nur noch um sich selbst zu kreisen, sich um die existenziellen Ängste der Bürger aber nicht zu kümmern. Angesichts der Unfähigkeit der Koalitionspartner, auf zahlreichen Themengebieten zu einer Einigung zu finden, gehe es inzwischen um Grundsätzlicheres: „Es geht um den Zustand der Regierung.“ So werde die Regierung zu einer „Standortgefahr“ für die Bundesrepublik. ■

Lindner enttäuscht die Haushälter

Die Ampel-Koalition hat es bisher nicht geschafft, sich auf Eckwerte für den Bundeshaushalt 2024 zu einigen, die im jährlichen Haushaltsverfahren gewöhnlich im März beschlossen werden. In der Sitzung des Haushaltsausschusses am Mittwoch konnte Bundesfinanzminister Christian Lindner keine Angaben dazu machen, wann mit einem Entwurf für den Bundeshaushalt zu rechnen ist. Ebenso wenig konnte er Fragen beantwor-

ten, in welche Richtung seine Planungen laufen. Die Haushaltsberatungen starten im Parlament traditionell nach der Sommerpause Anfang September und werden kurz vor Jahresende abgeschlossen. Sollte es zu weiteren Verzögerungen kommen, steht zu befürchten, dass mangels eines beschlossenen Haushalt 2024, alle Förderprogramme und neuen Vorhaben zum 1. Januar sofort gestoppt werden müssten. Die gilt es zu verhindern. ■

Eine Staatsangehörigkeit: Anreize für Integration erhalten

In Deutschland leben rund 10 Millionen Menschen mit einem ausländischen Pass. Wer sich einbürgern lassen möchte, kann dies in der Regel nach acht Jahren beantragen – am Ende einer gelungenen Integration. Die Ampel will die Hürden für die Einbürgerung nun senken. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt dies ab, auch wenn sie sich über jeden freut, der die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen möchte.

Wie ist die Rechtslage?

Nach acht Jahren können Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft den deutschen Pass bekommen. Bei „besonderen Integrationsleistungen“ ist das schon nach sechs Jahren möglich. Voraussetzung für die Einbürgerung sind unter anderem: ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, ausreichende Deutschkenntnisse, das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse. Wichtig auch: Wer den deutschen Pass bekommen möchte, muss den Lebensunterhalt für sich und seine Familienangehörigen ohne staatliche Hilfe finanzieren können.

Was will die Ampel?

Die Ampel will die Bestimmungen lockern. So will sie die Fristen verkürzen: Künftig sollen ausländische Staatsbürger schon nach fünf Jahren den deutschen

Pass bekommen können. Bei „besonderen Integrationsleistungen“ verkürzt sich der Zeitraum auf drei Jahre. Bewerber müssen den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie nicht mehr alleine stemmen. Wenn sie ihr Einkommen mit Sozialleistungen aufstocken, wäre das akzeptabel. Auf den Nachweis schriftlicher Deutschkenntnisse und Einbürgerungstests wird unter bestimmten Umständen verzichtet. Die Forderung nach „Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse“ wird relativiert: Nur noch Vielehe und die Missachtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sind Ausschlusskriterien.

Wie beurteilt die CDU/CSU-Fraktion das Vorhaben?

Für die CDU/CSU-Fraktion ist Zuwanderung eine große Bereicherung. Die Einbürgerung steht dabei aber am Ende einer gelungenen Integration und nicht am Anfang. Denn: Eine echte Integration braucht Zeit. Aus diesem Grund lehnt die Union die Verkürzung der Frist für den Mindestaufenthalt ab. Außerdem hält sie daran fest, dass Menschen, die den deutschen Pass beantragen, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können müssen. Wenn Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können, dann verringert das den Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen. Arbeit ist aber aus Sicht der Union entscheidend dafür, sich in Deutschland erfolgreich zu integrieren. ■